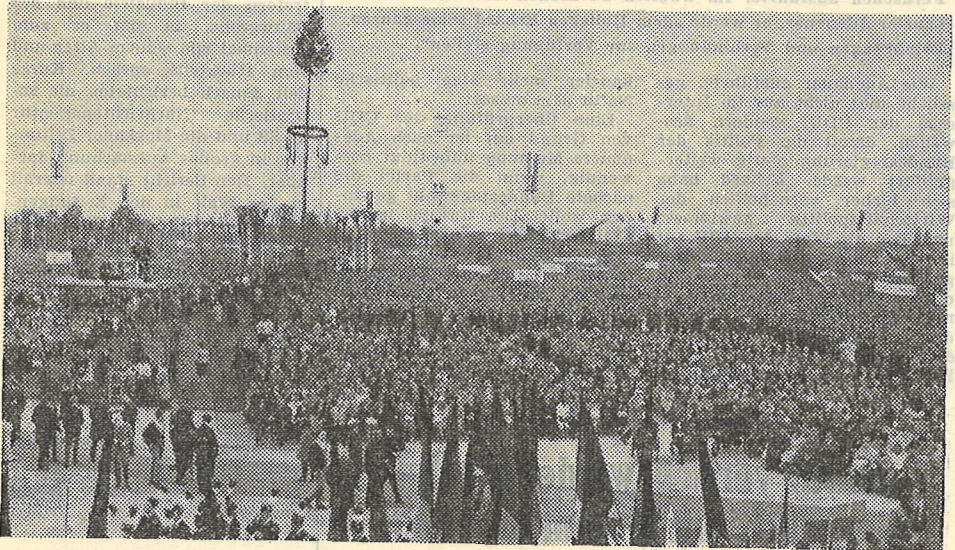


Eine halbe Million Berliner auf dem Platz der Republik

Eine Demonstration besonderer Art — Zwischenfälle blieben aus



Umrahmt von über 1500 Fahnen der Bundesländer, der ost- und mitteldeutschen Provinzen und den Farben der Bundesrepublik und Berlins standen über 500 000 Berliner dicht gedrängt während der Maifeier auf dem Platz der Republik.

Foto: Wunnicke

Bald Sitzungen im Reichstag

Appell Barzels zum 17. Juni — Aufforderung an die SPD

St. Berlin (Eigenbericht) — Den 17. Juni zu dem Nationalfeiertag der Deutschen zu erklären, hat Bundesminister Barzel vor dem Parteitag der Berliner CDU vorgeschlagen. Es komme darauf an, sagte der Minister, der Welt zu beweisen, daß es den Deutschen mit der Wiedervereinigung ernst sei.

Jeder könne an diesem Tag durch Teilnahme an den Kund-

gebungen und durch Päckchen-sendungen in die Zone dies beweisen.

Barzel regte ferner an, das große Ansehen Amrehns in Deutschland solle durch die Übernahme einer geeigneten Funktion in der Bonner Partei-spitze zum Ausdruck kommen. Man müsse überhaupt den Einfluß der Berliner CDU in der Gesamtpartei verstärken.

Zur Frage von Bundestags-sitzungen in Berlin erklärte Barzel, das deutsche Parlament habe das Recht und die Pflicht, in der deutschen Hauptstadt zu tagen. Voraussichtlich könnten im Herbst Fraktions- und Ausschußsitzungen des Bundestages im teilweise wiederhergestellten Reichstagsgebäude stattfinden.

Nachdrücklich appellierte der Minister an alle Kräfte, die es angeht, ihre „Wallfahrten“ zu Ulbricht einzustellen. Die SPD würde ein gutes Werk für die deutsche Sache tun, wenn sie in diesem Sinne auf die britische Labour Party einwirkte.

Erhard will keine Umbildung der Bundesregierung vor dem Herbst

Adenauer sichert volle Unterstützung für eine stetige Politik zu

Bonn (dpa/AP/UPI) — Es ist nicht beabsichtigt, vor dem Ausscheiden Adenauers aus dem Bundeskanzleramt die Regierung umzubilden, wie Vizekanzler und CDU-Kanzlerkandidat Erhard gestern abend in einem Interview mit dem Ersten Fernsehen ausführte. Im Zweiten Fernsehen betonte Bundeskanzler Adenauer, er werde „dem Kollegen Erhard seine ganzen Erfahrungen und Verbindungen zur Verfügung stellen“.

Wie Adenauer ausführte, geschehe dies nicht nur im Interesse der CDU, sondern deswegen, damit die Politik der Bundesregierung stetig weitergeführt werde. Erhard habe sich bisher vornehmlich der Wirtschaftspolitik gewidmet; nachdem die Wahl der CDU auf ihn als nächsten Bundeskanzler gefallen sei, habe er sich zu dessen Unterstützung sofort bereit erklärt. Er sei nun einmal der Auffassung, daß ungeschadet der unbestrittenen Verdienste Erhards der deutsche Bundes-

kanzler mehr eine politische Natur sein müsse.

Eine Überprüfung der CDU von Grund auf ist nach Adenauers Meinung unbedingt notwendig, wenn die Partei die nächste Bundestagswahl gewinnen wolle. Die Unruhe in der CDU sei nur zu einem geringen Teil wegen der Kanzlernachfolge entstanden. CDU und CSU dürften auf keinen Fall bloße Wirtschaftsparteien werden. Sie könnten nur Bestand haben, wenn sie Weltanschauungsparteien seien.

Heath verließ wieder Berlin Gespräch mit Kommandanten

St. Berlin (Eigenbericht) — Der britische Europaminister, Lordsiegelbewahrer Heath, hat gestern mit den drei westalliierten Stadtkommandanten die Lage Berlins erörtert. Heath und die Generale Polk, Yates und Toulouse waren Gäste des britischen Botschafters in der Bundesrepublik, Sir Frank Roberts, der den Minister während seines Berlin-Besuches begleitet hat.

Unmittelbar danach beendete der britische Europaminister seinen Berlin-Aufenthalt und damit zugleich seinen viertägigen Deutschland-Besuch. Er flog vom Flugplatz Gatow nach

Straßburg, wo er an einer Sitzung des Europarates teilnimmt.

Am Wochenende hatte Heath im Rathaus Schöneberg nach der Eintragung in das Goldene Buch erklärt, eine Zwischenlösung für Berlin sei nur möglich, wenn die westlichen Grundbedingungen für die Lebensfähigkeit, den freien Zugang und die Verbindung der Stadt mit der Bundesrepublik gewährleistet werden. Großbritannien sei entschlossen, gemeinsam mit den anderen westlichen Alliierten unverändert die Freiheit der Stadt zu bewahren.

Nach einer Fahrt entlang der Mauer sagte Heath: „Als ich über die Mauer sah, war mir, als blickte ich in ein offenes Grab.“ Diese Mauer sei ein Überbleibsel der Stalin-Kra.

Noch ein Versuch

J. R. — Kürzlich hielt Chruschtschow seine Rede vor Vertretern der Industrie und des Bauwesens, in der er zum erstenmal von seinem Alter und vom Rücktritt sprach. Kurze Zeit danach berichteten die sowjetische Nachrichtenagentur TASS und die Moskauer Zeitungen in großer Aufmachung darüber. Der Bericht stand überall in der Welt in den Zeitungen. Nein, nicht überall; Die Zeitungen in Ulbrichts Herrschaftsgebiet verschwiegen sorgfältig den bemerkenswerten Hinweis auf einen möglichen Führungswechsel im Kreml. Im „Neuen Deutschland“ findet man lediglich — verschämt auf der vorletzten Seite —, was Chruschtschow bei jener Gelegenheit über ökonomische und ideologische Fragen von sich gegeben hat. Pankows Zensur macht auch vor dem großen Bruder nicht halt.

Das ist durchaus nicht der erste Fall dieser Art. Regelmäßig unterschlägt die gelenkte SED-Presse selbst Nachrichten und Äußerungen aus dem eigenen „Lager“, wenn sie nicht ganz in die Linie des stalinistischsten aller Satelliten-Regimes passen. Daß russische Bücher, die allzu deutlich die unbewältigte kommunistische Vergangenheit aufgreifen, in der Zone nicht übersetzt werden dürfen, hat der Kulturaufpasser Hager vor den murrenden Parteischristellern selbst zugeben müssen. Und so geschieht es bei allen Vorgängen, die der SED-Führung auch nur von weitem als gefährliche „Liberalisierung“ erscheinen.

Im Lastwagen die Mauer durchbrochen

Tollkühne Flucht in Kreuzberg — Vier Ostberliner entkamen

Berlin (Eigenbericht) — Eine tollkühne Flucht durch die kommunistische Sperrmauer gelang vier jugendlichen Ostberlinern an der Kreuzberger Sektorengrenze. Mit einem Lastwagen der „Nationalen Volksarmee“ durchbrachen sie die Grenzsperrn und erreichten trotz Beschuß durch Vopo unverletzt den freien Teil der Stadt. Desgleichen konnten vier Zonenbewohner nach West-Berlin flüchten.

Schlaganfall Koslows

Moskau (UPI/dpa) — Einen Gehirnschlag erlitt der sowjetische ZK-Sekretär Koslow. Wie aus diplomatischen Kreisen Moskaus bekannt wurde, ist er teilweise gelähmt. Sein Zustand wurde als „ernst“ bezeichnet.

Chruschtschow hatte Koslow als möglichen Nachfolger auf dem Posten des Ersten Parteisekretärs ausersehen. Aus osteuropäischer Quelle war zu erfahren, daß Koslow eine Herzattacke, wie vor zwei Jahren, erlitten habe.

SSD-Agent verurteilt

Karlsruhe — Wegen verätherischer Beziehungen zum Staatssicherheitsdienst der Sowjetzone verurteilte gestern der Dritte Strafsenat des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe den Berliner Interzonenhandelskaufmann Zeitler zu drei Jahren Gefängnis unter Anrechnung der 16monatigen Untersuchungshaft.

Zeitler wurde für schuldig befunden, einen Journalisten aus der Bundesrepublik dem SSD als Agent zugeführt zu haben.

USA warnen Sowjets in Berlin

Texas (UPI) — Der zukünftige US-Botschafter in Bonn, McGhee, erklärte gestern in Texas, trotz aller sowjetischen Bemühungen, die westlichen Rechte in Berlin einzuengen, sei die Position des Westens in Berlin gesund. „Wir werden allen sowjetischen Versuchen,



Mit ängstlicher Eile ließ die Vopo in wenigen Stunden das acht Meter breite Loch zumauern, das vier junge Ostberliner kurz nach Mitternacht mit einem Lastwagen der sogenannten Volksarmee am Kreuzberger Leuschnerdamm in die Mauer gerammt hatten. Trotz einiger Schüsse der Vopo kamen die vier unverletzt in die Freiheit.

KURIER-Foto

unsere Rechte in Berlin zu beschneiden, Widerstand entgegensetzen“, erklärte McGhee.

Besonders eindringlich warnte er die Sowjets vor militärischen Maßnahmen in der deutschen Hauptstadt. Jeder Druck der Sowjets verfolge das Ziel, die rechtliche Position der Westmächte in Berlin zu verändern, „aber wir sind hart geblieben“, sagte der Botschafter.

„Um Berlins tapferere Bevölkerung zu grüßen“

Kameruns Staatspräsident Ahidjo für sechs Stunden zu Besuch in unserer Stadt

Zurückhaltung bestimmt das Wesen des Staatspräsidenten von Kamerun, Ahmadou Ahidjo, der Berlin einen sechsstündigen „Blitzbesuch“ in Begleitung seiner von allen Reportern übereinstimmend als bildhübsch gerühmten Frau und mehreren Ministern abstattete. Ahidjo wirkt immer interessiert, wenn gleich es nicht auf Anhieb spürbar ist. Als er vom Reichstag aus die kommunistische Sperrmauer zum ersten Male unmittelbar vor sich sah, ging ein leichtes Zucken über sein Gesicht.

Dann noch eine Stadtrundfahrt durch Tiergarten, Moabit, Wedding — und Bernauer Straße. Die Berliner blieben an den Straßenecken stehen und winkten. Präsident Ahidjo dankte mit Kopfnicken.

„Das Drama Deutschlands und Berlins gehört zu den Ereignissen, die nicht nur die Haupt-

beteiligten, sondern alle Menschen angehen, die nach Gerechtigkeit dürsten“, erklärte der Präsident in französischer Sprache. Es sei für alle Freunde Deutschlands zur Tradition geworden, nicht nach Hause zu fahren, ohne Berlin besucht zu haben, „um die Stadt und ihre tapferere Bevölkerung zu grüßen“.

Kardinal Wyszynski nach Rom

Spekulationen über ein Konkordat Vatikan—Warschau

Warschau (dpa/AP/UPD) Das Oberhaupt der katholischen Kirche in Polen, Kardinal Wyszynski fuhr kürzlich nach Rom. Er hatte vorher seine Reise in Wien unterbrochen, um mit Kardinal König zusammenzutreffen, der erst in der vergangenen Woche in Polen war.

Die Reise Kardinal Wyszynskis nach Rom steht, wie in Kreisen des polnischen Episkopats verlautet, im Zeichen einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Polen. Man hält es nicht für unmöglich, daß es eines Tages zu einer konkreten Regelung zwischen Kirche und Staat kommen wird, wenn der Kreml sein Einverständnis dazu gibt. Diesen Augenblick hält man für gekommen, wenn es zu einem Besuch Chruschtschows beim Papst kommt.

In Kreisen der katholischen Kirche Polens werden auch die Möglichkeiten des Abschlusses eines Konkordats zwischen Polen und dem Vatikan und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen diskutiert. Das katholische Staatsratsmitglied Zawiewski erklärte vor kurzem, Papst Johannes XXIII. habe

eine solche Möglichkeit eröffnet, indem er die Kirche aus ihren Bindungen an bestimmte Pakte herausgeführt habe.

Der Erzbischof von Wien, Kardinal König, versicherte nach seiner Rückkehr aus Polen, daß er wie ein päpstlicher Legat empfangen worden sei. Die polnischen Behörden seien ihm zwar mit Diskretion, aber doch auch mit größter Zuvorkommenheit begegnet.

Maria Regina Martyrum geweiht

Berlin (Eigenmeldung) — Die Opfer brutaler Gewalt hätten keinen sinnlosen Untergang gefunden, sie seien vielmehr Zeugen für den Glauben an Gott, für die Sendung der Kirche und die Rechte des Gewissens. Mit diesen Worten weihte gestern der Münchener Erzbischof Kardinal Döpfner die neue Märtyrer-Gedenkkirche „Maria Regina Martyrum“ in der Nähe der Hinrichtungsstätte Plötzensee ein.

Nach der feierlichen Konsekration der Gedenkkirche zelebrierte der Berliner Erzbischof

Bengsch das erste Pontifikalam in dem neuen Gotteshaus.

Zu der Feierstunde hatten sich mehrere tausend Gläubige sowie zahlreiche Ehrengäste eingefunden. Neben kirchlichen Würdenträgern aus dem In- und Ausland waren auch führende Vertreter des politischen Lebens erschienen.

SED erweitert Schießbefehl

Sofort scharfe Warnschüsse bei sogenannten Provokationen

Kassel (dpa) — Der Schießbefehl für die sowjetzonalen Posten an der Zonengrenze ist erweitert worden. Künftig soll auch auf alle sogenannte Provokationen durch Bürger oder Sicherheitsorgane der Bundesrepublik mit scharfen Warnschüssen reagiert werden.

Der Bundesgrenzschutz verwies darauf, daß von den Sowjetzonenstreifen schon das Auftauchen kleiner Besuchergruppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik in der Nähe der Zonengrenze, das Ansprechen oder Fotografieren von „Volksarmisten“ oder über den Todesstreifen nach drüben geworfene Zigaretten als „Provokation“ ausgelegt werden.

Seit dem 13. August 1961 flohen rund 1100 Zonensoldaten, das sind fast vier Bataillone, in die Bundesrepublik. In diesem Jahr kamen bisher mehr als 120 Mann über die Zonengrenze.

Dies teilte der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Barzel, auf einer Pressekonferenz in Goslar mit. Der Minister befand sich auf einer Informationsfahrt.

Liebe Leser!

Wir wollen gern wissen, wo diese Wochenausgabe verteilt worden ist. Schreiben Sie bitte auf einer Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, wo Sie dieses Blatt gefunden haben, an folgende Anschrift: Kurt Hoffmann, Berlin-Tempelhof, Siegertweg 88.

Wir danken für Ihre Hilfe.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin 42, Manfred-von-Richtofen-Straße 2